



Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **2. Sitzung**

**Montag, 27. März 2006**

**17.30 – 20.15 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Bruno Hostettler, Ratspräsident

#### **Protokollführer**

Thomas Gloor, Stadtschreiber II

#### **Anwesend**

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- Arthur Senn, Stadtschreiber I
- René Küng, Finanzverwalter
- Andreas Fuchs, Präsident Schulpflege

#### **Entschuldigungen**

Elisabeth Gisler, Einwohnerrätin

| <b><u>Traktanden</u></b>  | <b><u>Seite</u></b> |
|---|---------------------|
| <b>1. Mitteilungen</b>  | 20                  |
| <b>2. Einbürgerungen</b>  |                     |
| GK 29 Formisano geb. Vergellino Anna, 1956, mit Kindern Dario, 1988 und Antonio, 1991, italienische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23   | 21                  |
| GK 30 Porca Kemal, 1976, mit Sohn Aldin, 2005, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 45A   | 21                  |
| GK 31 Savić geb. Lazarević Spomenka, 1947, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 62  | 21                  |
| GK 32 Smajlović Zehrid, 1963, mit Kindern Amel, 1992 und Elmir, 2003, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12  | 21                  |
| GK 33 Volić Kristina, 1991, kroatische Staatsangehörige, Eschenweg 7  | 21                  |
| <b>3. Kreditbewilligungen</b>   |                     |
| GK 34 Projekt und Kredit für die Sanierung und Aufwertung der Vorderen Hauptgasse im Bereich Unterstadt/"Rainli"/"auf den Kellern", die Teil-erneuerung der Gassenbeleuchtung sowie die Teilsanierung der Kanalisation Farbasse | 22                  |
| GK 35 Projekt und Kredit für die Umgestaltung des Rosengarten-Areals in eine öffentliche Parkanlage   | 24                  |
| GK 36 Projekt und Kredit für die Ablösung der Kernapplikationen und die teilweise Erneuerung der Informatik der Stadtverwaltung (Hard- und Software)  | 28                  |
| <b>4. Umfrage</b>   | 30                  |

### **Begrüssung**

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Bereichsleiter, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur zweiten Sitzung der Legislaturperiode 2006/09.

Die Einwohnerräte/Innen wurden von den Stimmberechtigten der Stadt Zofingen als ihre Vertreter in den Einwohnerrat gewählt. Sie haben durch dieses Amt eine grosse Verantwortung übernommen, welche sicher alle wahrnehmen werden. Mit Hilfe aller können die anstehenden Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen gelöst werden. Die Bemühungen sind immer auf das Wohlergehen der Stadt und der Bewohnerinnen und Bewohner auszurichten. Das gleiche Ziel verfolgt, nach eigener Aussage, eine selbsternannte, ausserparlamentarische Opposition. Der Vorsitzende bittet die Anliegen aller Einwohner/Innen, und damit ist die erwähnte Gruppierung selbstverständlich eingeschlossen, ernst zu nehmen. Er bietet allen politisch Interessierten die Bereitschaft zum Gespräch.

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Rolf Moor, Präsident der neuen Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, welcher ein paar Worte an den Rat richten möchte.

Hr. Rolf Moor bedankt sich für das Verständnis, dass er hier im Namen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission eine kurze Mitteilung anbringen darf, wie sich die neue Kommissi-

on organisiert hat und was für Schwerpunkte in den nächsten vier Jahren als Ziel gesetzt wurden.

Nach der Zusammenlegung der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission wurde für die neue Kommission FGPK ein schriftliches Dokument erstellt, in welchem die Aufgaben definiert sind und die Kriterien, nach welchen die Kommission arbeiten wird, festgehalten sind.

Die FGPK ist eine selbstständige Kommission analog der Schulpflege, welche nicht dem Stadtrat unterstellt ist. Dies verlangt eine entsprechende Verantwortung und weckt Erwartungen.

Durch die Zusammenlegung der beiden Kommissionen fallen die Schnittstellen weg, dies vor allem im finanzpolitischen Teil, womit nun die Sachgeschäfte besser beurteilt und interpretiert werden können. Ebenfalls muss der Stadtrat die Geschäfte nur noch einer Kommission präsentieren. Ob dies nun ein Vor- oder Nachteil ist, muss der Stadtrat selbst entscheiden.

Beim Erstellen des Sitzungsplanes hat sich ergeben, dass gewisse Bereiche vernetzt geprüft werden können, es gibt aber auch Bereiche, welche klar einzeln betrachtet werden müssen, zum Beispiel die Prüfung der Jahresrechnung. Es ist auch absolut unrealistisch, davon auszugehen, dass es durch die Zusammenlegung der beiden Kommissionen weniger Sitzungen gibt. Für eine korrekte und seriöse Arbeit ist der Aufwand der neuen Kommission etliches höher und für die Exekutive und der Verwaltung mindestens gleich hoch wie früher. Hier die wichtigsten Abläufe, nach denen die FGPK ihre Arbeit ausführen wird.

- In Absprache mit dem Stadtrat hat sich die Kommission entschieden, die Rechnungsprüfung alljährlich mit einer externen Revisionsstelle durchzuführen, wie dies in anderen vergleichbar grossen Gemeinden im Kanton Aargau schon lange üblich ist.
- Die externe Revisionsstelle wird sich hauptsächlich auf den technischen Bereich, wie Bestandes- und Verwaltungsrechnung, konzentrieren. Die weiter zu prüfende Abteilung wird jährlich von der FGPK bestimmt.
- Die FGPK wird sich hauptsächlich auf die Prüfung der laufenden Rechnung und die Themenprüfung konzentrieren, der Schwerpunkt wird in diesem Fall im politischen Bereich liegen.
- Es wurde ein 4-Jahres-Prüfungsplan erstellt, aus welchem genau ersichtlich ist, was durch die externe Revisionsstelle und was durch die FGPK geprüft wird. Der Mehrjahresplan wurde so erstellt, dass in einer Amtsperiode sämtliche Abteilungen der Einwohnergemeinde Zofingen geprüft sowie verschiedene einzelne Themenprüfungen durchgeführt werden.
- Ebenfalls wurde ein detaillierter Prüfungsplan für dieses Jahr erarbeitet. Mit vier Teams à zwei Personen werden die laufende Rechnung geprüft sowie verschiedene Spezialprüfungen durchgeführt.
- Nach Prüfungsabschluss werden die Prüfungsergebnisse der externen Revisionsstelle sowie der FGPK in Form eines Erläuterungsberichtes zusammengefasst.
- Neu wird auch die Prüfung des Geschäftsberichtes. Jeder Stadtrat wird anhand eines Kurzreferates über sein Ressort informieren, was auch Massnahmen für das Budget im folgenden Jahr beinhalten wird. Anhand dieser Vorträge sowie dem vorliegenden schriftlichen Geschäftsbericht wird der Stadtrat mit den Bereichsleiter/Innen anschliessend die offenen Fragen beantworten können.
- Ebenfalls neu wird der Stadtrat der FGPK das provisorische Budget präsentieren. Bis heute wurde der Finanzkommission immer nur das definitive, verabschiedete Budget vorgestellt. Mit dieser Änderung hat die FGPK die Möglichkeit, die eine oder andere Massnah-

me in das Budget einfließen zu lassen. Ob der Stadtrat die Änderungswünsche und Vorschläge seitens der FGPK auch vollzieht, beschliesst schlussendlich die Exekutive.

Der FGPK ist es auch ein Anliegen, dass sie ihre Arbeit seriös, kompetent und sachlich ausführt und alle Geschäfte kritisch hinterfragt und prüft. Sie will aber auch eine gute, faire und korrekte Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, der Verwaltung sowie den Fraktionen im Einwohnerrat aufbauen.

Wie man aus der Presse entnehmen konnte, haben sich der Stadtrat sowie die Verwaltung neu strukturiert und organisiert. Wie man spürt, wurden die neuen Ausrichtungen gross mehrheitlich mit Begeisterung im Stadtrat und in der Verwaltung aufgenommen. In der begonnenen zweiten Phase geht es darum, die Detailarbeiten in den verschiedenen Punkten zu bereinigen und die neuen Verantwortungsbereiche dementsprechend umzusetzen.

Die FGPK ist gespannt auf einen ersten Bericht des Stadtrates, wie die neue Organisation in der Praxis angelaufen ist.

Auf jeden Fall hat die FGPK den neuen Wind im Stadtrat und in der Verwaltung mit Freude zur Kenntnis genommen und wünscht dem Stadtammann, den Stadträtinnen und Stadträten sowie allen Bereichsleiter/Innen viel Glück, Erfolg und vor allem Durchsetzungsvermögen, um die neuen Strukturen zu verwirklichen. Die FGPK möchte mit diesem neuen Wind mithelfen, die Zukunft von Zofingen in den nächsten Jahren mitzugestalten.

## **Mitteilungen**

Der Vorsitzende gratuliert dem Einwohnerrat Robert Weishaupt und seiner Gattin zur Geburt ihres Sohnes Silvan.

Nachdem gegen die Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 28. November 2005 und vom 23. Januar 2006 innert der gesetzten Frist keine Einwände eingegangen sind, werden diese unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

## **Neueingänge**

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Motion SVP-Fraktion Zofingen/Mühlethal betr. Umnutzung der Abdankungshalle / Planung für neue Aufbahrungs- und Abdankungshalle beim Friedhof Bergli.
- Motion der FDP-Fraktion betr. Abdankungshalle.
- Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Schule und Familie.

Die Vorstösse werden an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

## Art. 12

### **Einbürgerungen**

#### **GK 29**

**Formisano geb. Vergellino Anna, 1956, mit Kindern Dario, 1988 und Antonio, 1991, italienische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23**

#### **GK 30**

**Porca Kemal, 1976, mit Sohn Aldin, 2005, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 45A**

**GK 31**

**Savić geb. Lazarević Spomenka, 1947, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 62**

**GK 32**

**Smajlović Zehrid, 1963, mit Kindern Amel, 1992 und Elmir, 2003, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12**

**GK 33**

**Volić Kristina, 1991, kroatische Staatsangehörige, Eschenweg 7**

Fr. Yolanda Senn Ammann, Referentin der FGPK, erklärt, dass sich die FGPK in Sachen Einbürgerungen neu organisiert hat. Die Einbürgerungsakten werden in Zukunft nur noch von je einem Mitglied der Fraktionen eingesehen und geprüft.

Die FGPK stimmte allen vorliegenden Einbürgerungsgesuchen einstimmig ohne Enthaltung zu und empfiehlt dem Einwohnerrat, das selbe zu tun.

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass die FDP-Fraktion in Zukunft auf eine Stellungnahme im Einwohnerrat zu den Einbürgerungen verzichtet, da die letzten vier Jahre gezeigt haben, dass die vorgelegten Einbürgerungsgesuche durch den Stadtrat immer sehr seriös abgeklärt wurden.

Nachdem keine weitere Diskussion zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht wird, lässt der Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen. Die anwesenden Gesuchsteller/Innen werden gebeten, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen.

**GK 29**

*Formisano geb. Vergellino Anna, 1956, mit Kindern Dario, 1988 und Antonio, 1991, italienische Staatsangehörige, Kilchbergstrasse 23*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**GK 30**

*Porca Kemal, 1976, mit Sohn Aldin, 2005, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Luzernerstrasse 45A*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**GK 31**

*Savić geb. Lazarević Spomenka, 1947, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 62*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**GK 32**

*Smajlović Zehrid, 1963, mit Kindern Amel, 1992 und Elmir, 2003, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, Kanalweg 12*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

**GK 33**

*Volić Kristina, 1991, kroatische Staatsangehörige, Eschenweg 7*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern zu ihrem guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 13

### **GK 34**

#### **Projekt und Kredit für die Sanierung und Aufwertung der Vorderen Hauptgasse im Bereich Unterstadt / „Rainli“ / „auf den Kellern“, die Teilerneuerung der Gassenbeleuchtung sowie die Teilsanierung der Kanalisation Farbasse**

Hr. Peter Wullschleger, Referent der FGPK, erklärt, dass die Kommission vorgängig zur Beratung dieses Geschäftes einen Augenschein im betreffend Gebiet durchführte. Diese Vorlage umfasst verschiedene Elemente, welche mehr oder weniger direkt zusammenhängen, aus diesem Grund ist eine Gesamtvorlage richtig. Es geht in erster Linie um die Beseitigung verschiedener Mängel im Bereich der Vorderen Hauptgasse (Pflasterung, Randsteine, Entwässerung und Werkleitungen). Daneben geht es zu einem wesentlichen Teil um die Aufwertung des Gebietes „Rainli“ mit der Teilerneuerung der Werkleitungen und der Gassenbeleuchtung. Eine Vorlage betreffend Gesamtsanierung vom Oberen bis zum Unteren Stadteingang wurde an der Volksabstimmung vom 2. März 1997 aufgrund der hohen Kosten abgelehnt. Seither wurden einzelne Verbesserungen realisiert. Im Finanzplan der Jahre 2008 bis 2010 sind weitere Tranchen aufgeführt, die realisiert werden möchten, in ersten Linie die Oberstadt in der Vorderen Hauptgasse. Die Kommission empfindet das etappenweise Vorgehen als richtig, da die einzelnen Etappen weitgehend voneinander unabhängig sind.

Die Abwicklung dieses Projektes ist in zeitlicher Hinsicht anspruchsvoll, es müssen Rahmenbedingungen eingehalten werden und es muss Rücksicht auf das Gewerbe genommen werden.

Ein Diskussionspunkt in der Kommission war die Rampe im Gebiet „Rainli“ / „auf den Kellern“. Es musste festgestellt werden, dass eine Rollstuhlgängigkeit nicht möglich ist, da die Vorgaben betreffend der Steigung eine zu lange Rampe zur Folge hätten. Ebenfalls ein Thema war die Mauer beim Interdiscount. Die Höhe dieser Mauer entspricht nicht den Weisungen des Bundesamtes für Unfallverhütung. Der Stadtrat geht ein erhöhtes Risiko bei einem Schadenfall (Unfall, Todesfall) ein. Die Kommission empfindet die Treppe in diesem Bereich sowie die Vergrößerung der Terrasse bei der Pizzeria „La Lupa“ als sinnvoll. Ebenfalls spricht sich die FGPK für eine Pflasterung der Strassen aus. Im Zusammenhang mit den Tiefbauten hat überrascht, dass weder von den Städtischen Werken noch von der Cablecom betreffend den Werkleitungen zu diesem Zeitpunkt konkrete Aussagen über das weitere Vorgehen gemacht wurden.

Die FGPK genehmigte die drei stadträtlichen Anträge mit 8 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit und empfiehlt dem Einwohnerrat, dies ebenfalls zu tun. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird nahe gelegt, den Abschluss der Arbeiten im Juni 2007 für eine Profilierung im Rahmen des Stadtmarketings zu benutzen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, möchte betonen, dass die Planungssicherheit mit der StWZ Energie AG gewährleistet ist. Jedoch ist es richtig, dass die Zusammenarbeit mit der Cablecom relativ schwierig ist. Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit diesem Projekt viel zur Standortentwicklung und zur Entwicklung des Gewerbes beigetragen wird. Der Stadtrat wird gewisse Empfehlungen und Standards festlegen, wie künftige die Möblierung der Aussenräume auszuweisen hat, ohne jedoch zu uniformieren.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hansruedi Schlatter hält fest, dass die Sanierung und Aufwertung der Vorderen Hauptgasse notwendig und sinnvoll ist. Es ist aus Sicht der Dynamischen Mitte eine einfache und zweckmässige Lösung, aber sicher kein Luxus. Die Investitionen von 2.2 Mio. Franken sind akzeptabel, und das Geld ist gut investiert. Über Details lässt sich immer diskutieren, doch die DYM steht einstimmig hinter diesem Projekt. Es ist schade, dass diese Aufwertung erst jetzt stattfindet und nicht bereits vor 10 oder 15 Jahren realisiert wurde.

Hr. Heinz Vöckel teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Stadtrat und der Verwaltung für diese fundierte und klar strukturierte Vorlage gratuliert. Die Fraktion erkannte die Sanierungen der Werkleitungen als auslösender Faktor. Ebenfalls ist es sinnvoll, dass bei den Wiederherstellungsarbeiten gleichzeitig eine Aufwertung der bestehenden Anlagen stattfindet. Der erforderliche Baukredit von 2.2 Mio. Franken ist sehr hoch und nicht abschliessend, da weitere Etappen folgen werden. Die Fraktion hofft, dass das örtliche Gewerbe bei der Arbeitsvergabe berücksichtigt wird. Mit dieser Altstadt aufwertung hofft man auf eine Verbesserung der Vermarktung der Stadt Zofingen. Die FDP-Fraktion steht einstimmig hinter diesem Projekt.

Hr. Hansrudolf Hauri erklärt, dass die SVP-Fraktion dieses Projekt ebenfalls unterstützt. Diese Sanierung ist schon lange fällig, und es ist schade, dass dieses Projekt nicht bereits vor 10 Jahren realisiert werden konnte, sondern erst jetzt, wo eine Sanierung dringend notwendig ist. Er stellt die Frage, ob spezielle Leitungen z.B. für einen Weihnachtsmarkt vorgesehen sind?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, antwortet, dass speziell für die Märkte entsprechende Stromanschlüsse geplant sind.

Hr. Philippe Dietschi erläutert, dass auch die SP-Fraktion diese Sanierung für notwendig hält. Betreffend der Sicherheit im Fall der Stützmauer beim Interdiscount hat man festgestellt, dass keine 100-prozentige Sicherheit besteht und somit auch für die Stadt keine 100-prozentige Versicherungsgarantie bei einem Schadenfall. Ebenfalls wurde bemängelt, dass die Rollstuhlgängigkeit bei der Rampe nicht optimal ist. Ein Rollstuhlfahrer/In kann diese Rampe nicht alleine begehen. Jedoch sieht die SP-Fraktion ein, dass bei einer Rollstuhlgängigkeit die Rampe zu lange werden würde. Ein Vorschlag betreffend Kinderfreundlichkeit wäre, neben der Rampe eine Rutschbahn anzubringen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es gehen keine Wortmeldungen in der Detailberatung ein, der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

*Für die Sanierung und Aufwertung der Vorderen Hauptgasse (Unterstadt und „Rainli“ / „Auf den Kellern“) sei ein Kredit von brutto CHF 1'880'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, abzüglich Kostenanteile Dritter, zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

*Für die Teilerneuerung der Gassenbeleuchtung sei ein Kredit von CHF 197'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

*Für die Sanierung der Kanalisation sei ein Kredit von CHF 133'000.–, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 14**GK 35****Projekt und Kredit für die Umgestaltung des Rosengarten-Areals in eine öffentliche Parkanlage**

Fr. Patricia Misteli, Referentin der FGPK, erläutert, dass die FGPK vorgängig zur Beratung dieser Vorlage einen Augenschein im betreffenden Gebiet durchführte. Die FGPK empfiehlt die Öffnung und die sanfte Renovation des Rosengarten-Areals mit 5 : 2 Stimmen bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit. Nach den Fraktionssitzungen haben drei Mitglieder der FGPK der Kommission mitgeteilt, dass sie ihre Meinung geändert und sich der Fraktionsmeinung angeschlossen haben. Ihr Auftrag ist es, den Beschluss der Kommission zu vertreten und an diesem hat sich nach der Kommissionssitzung nichts mehr geändert.

Die Vorlage wurde an der FGPK-Sitzung kontrovers diskutiert. Unbestritten bei allen Mitgliedern ist die Öffnung dieses Parkes und die Schaffung eines attraktiven Ortes der Begegnung, da momentan ein desolater Zustand im Rosengarten herrscht. Der Diskussionspunkt in dieser Vorlage ist die Abdankungshalle. Seit über 50 Jahren finden im ehemaligen Friedhof Rosengarten keine Beerdigungen mehr statt, geblieben ist die Nutzung der Abdankungshalle. Diese Halle ist der Grund, warum in der FGPK eine Rückweisung beantragt wurde, welche jedoch mit 5 : 3 Stimmen abgelehnt wurde. Fakt ist, dass in Zofingen seit über 50 Jahren Abdankungen in einem Umfeld mit viel Leben stattfinden, man denke an das benachbarte Schulhaus, an die Veranstaltungen auf der Schützenmatte und die jetzige Nutzung des Rosengartens durch mehrheitlich junges Publikum. An dieser Situation wird sich auch nach der Umgestaltung des Rosengartens nichts ändern. Im Rosengarten findet das Leben statt, in der Abdankungshalle wird von einem Leben Abschied genommen. Leben und Tod sind untrennbar miteinander verbunden, was mit dieser Vorlage sichtbar wird.

Mit der Öffnung des Rosengartens ist es jedoch auch an der Zeit, die Umnutzung der Abdankungshalle zu diskutieren. Die in den letzten Wochen entstandenen Diskussionen haben gezeigt, dass viele unterschiedliche Meinungen bestehen, und es ist nicht zu erwarten, dass bei einer neuen Vorlage mit Einbezug der Abdankungshalle die Differenzen kleiner werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass jetzt eine breit abgestützte und öffentliche Diskussion stattfindet und bei der Erarbeitung von Lösungen die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigt werden. Das vom Stadtrat gewählte schrittweise Vorgehen ermöglicht eine gesunde Entwicklung. Der erste Schritt ist die Öffnung des Parkes. Nicht immer können Projekte von A bis Z durchgeplant werden, gewisse reifen schrittweise. Im Vergleich zu vorgängigen Projekten wird in dieser Vorlage auf luxuriöse und kostspielige Projektbestandteile verzichtet, wie z.B. auf den Rückbau der Mauer, die Bepflanzung baut auf dem heutigen Bestand auf, und ein Teil der Arbeiten wird vom Stadtgärtner und seinem Team ausgeführt. Mit einer Zustimmung zum vorliegenden Projekt kommt Leben in den Rosengarten, Jung und Alt, Einheimische und Gäste können den Rosengarten in Zukunft begehen. Der bestehende Skulpturengarten kommt wieder viel besser zur Geltung. Mit der heutigen Genehmigung für eine sanfte Renovation beginnt eine Diskussion für die künftige Nutzung der Abdankungshalle. Wie Stadtrat Hansruedi Gilgen versicherte, wird der Stadtrat in spätestens vier Jahren ein Konzept zur Umnutzung vorlegen. Der Stadtrat hat mit dieser Vorlage eine pragmatische Lösung geboten, wie ein Schandfleck entfernt werden kann. Mit dem Investitionskredit wird das ganze Geschäft mit allen Kostenfolgen transparent aufgelegt. Der Stadtrat zeigt auch mit der Erklärung im Legislaturprogramm, dass in den nächsten vier Jahren über eine Umnutzung entschieden wird, dass Handlungsbedarf besteht, jedoch nicht in erster Priorität. Der Stadtrat hätte jedoch all seine Überlegungen in Bezug auf die Abdankungshalle in die Vorlage einfließen lassen sollen. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dieses Projekt zu genehmigen und der Stadt einen Rosengarten zu schenken, welcher diesem Namen gerecht wird.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, bedankt sich bei Patricia Misteli für das sehr gute Referat zugunsten des Rosengartens. Die Diskussionen in den letzten Tagen haben gezeigt, dass sehr unterschiedliche Auffassungen betreffend der Abdankungshalle bestehen. Einzig die Dring-



lichkeit dieses Projektes ist unbestritten. Die Vorlage ist Bestandteil des Investitionsplanes, der Einwohnerrat hat bereits mit der Genehmigung des Voranschlages 2005 eine Teiltranche bewilligt, damals noch unter der Perspektive, dass dieses Projekt etappenweise ausgeführt wird. Aus diesem Grund ist ein kurzer Rückblick auf die Entstehung dieser Vorlage sicher sinnvoll:

Nachdem die Vorlage im Jahr 2001 in der Referendumsabstimmung abgelehnt wurde, hat der Stadtrat dieses Projekt trotzdem weiterverfolgt, da die Nutzung und Zugänglichkeit dieses Areals dringend notwendig sind. Der Stadtrat bekam im Jahr 2002 die Möglichkeit, am Evariste-Mertens-Wettbewerb für junge Landschaftsarchitekten/Innen mitzuarbeiten und das Projekt Rosengarten als Wettbewerb auszuschreiben. Doch kein Projekt vermochte den Stadtrat zu überzeugen. Aus diesem Grund wurde die Altstadtkommission beauftragt, einen Vorgehensvorschlag auszuarbeiten. Aus diesem Vorschlag geht klar hervor, dass der bestehende parkartige Charakter mit dem wertvollen denkmalschutzwürdigen Gebäude nicht wesentlich verändert werden muss. Der Stadtrat hat aus diesem Grund keinen Anlass gesehen, einen Grünplaner beizuziehen, und er beauftragte die Altstadtkommission, das Projekt weiterzuverfolgen. Es hat sich gezeigt, dass in Bezug auf das Umgelände die bessere Einbindung des Robert-Moser-Gebäudes nötig ist, indem der Park Richtung Schützenmatte geöffnet wird. Der Park selber ist in der jetzigen Form aber auch ganz klar im neuen Projekt auf dieses Gebäude ausgerichtet. Der Rosengarten ist und wird auch in Zukunft ein ehemaliger Friedhof sein. Das Projekt behindert auch keine Entwicklungsabsichten am Ostrand der Altstadt, weil den Grüngürtel am Altstadtrand sicher niemand aufheben möchte.

Das Projekt, welches aus der Altstadtkommission heraus entstand, hat die Realisierung in mehreren Etappen mit Kosten von rund CHF 930'000.– über Voranschlagskredite vorgesehen. Es war eine Herausforderung, das jetzige Projekt in Bezug auf die Kosten so auszuarbeiten, wie sich der Stadtrat dies vorstellte. Der Stadtrat hat aufgrund des Vorschlages der Altstadtkommission beschlossen, das Projekt dem Einwohnerrat als Gesamtvorlage zu präsentieren und mittels Investitionskredit zu finanzieren. Zudem war eine weitere Bedingung des Stadtrates, dass die West-Ost-Verbindung auf der Nordseite des Parkes gleichzeitig erstellt werden sollte wie die südliche Verbindung. Man hat auch festgestellt, dass die Bereiche der zwei Etappen, welche sich in der unmittelbaren Umgebung der Abdankungshalle befinden, erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden, wenn die Umnutzung der Abdankungshalle definiert ist.

Der Stadtrat macht zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage zur künftigen Nutzung dieser Halle. Er ist der Meinung, dass die Öffnung dieses Parkes die zukünftige Nutzung der Abdankungshalle in keiner Art und Weise einschränken wird. Auf der Prioritätenliste der finanzpolitischen Aspekte stehen die Investitionen zur Umnutzung der Abdankungshalle nicht auf gleichem Niveau wie die der Parköffnung. Es darf aber nochmals betont werden, dass die künftige Nutzung bis Ende der Legislaturperiode 2006/2009 definiert wird. Vernünftige Aussagen zur Nutzung dieses Gebäudes können aber erst gemacht werden, wenn Resultate in Bezug auf die Akzeptanz dieses neu gestalteten Parkes vorliegen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Fritz Hirschi erklärt, dass dieses Projekt einfach und verständlich, jedoch mit sehr vielen Emotionen verbunden ist. Im Vergleich zur früheren Vorlage zeichnet sich dieses Projekt durch die Beschränkung auf das Wesentliche aus. Bemängelt wurde in der FDP-Fraktion, dass zu wenig Informationen und Unterlagen in Bezug auf die Abdankungshalle vorhanden waren. Somit konnte das Projekt auch nicht ganzheitlich betrachtet werden. Ebenfalls wünschte sich die Fraktion eine Etappierung und entsprechende Kostenangaben.

Bei der Abdankungshalle wird auf einem entsprechenden Schild um Ruhe gebeten, und zur Zeit herrschen Lärmbelästigungen aufgrund der Abbrucharbeiten. Es ist auch psychologisch ungeschickt, dass nur wenige Tage vor der Einwohnerratssitzung mit den Arbeiten begonnen wurde. Aufgrund von Erkundigungen wurde bekannt, dass das Datum der Abbrucharbeiten durch den Zivilschutz schon lange festgelegt worden ist. Diese Arbeiten konnten durch den

Zivilschutz kostengünstig ausgeführt werden, jedoch fördert dieses Vorgehen nicht die Unterstützung des Zofinger Gewerbes.

Die Dringlichkeit dieser Abbrucharbeiten ist sicher unbestritten, da sich die Urnengräber in sehr schlechtem Zustand befinden. Die Fraktion spricht sich für eine Begegnungsstätte der Ruhe und der Erholung aus. Das vorliegende Projekt nimmt Rücksicht auf die Vergangeheit dieses Areals. Bei einer Zustimmung zu dieser Vorlage könnte man den Rosengarten bereits in diesem Sommer nutzen. Bei einer Rückweisung vergehen wieder Jahre, in denen der Park nicht sinnvoll genutzt werden kann. Aufgrund dieser Überlegungen sprach sich die Mehrheit der FDP-Fraktion für eine Unterstützung dieses Projektes aus und reichte gleichzeitig eine Motion zum Thema Abdankungshalle ein. Er bittet um Ablehnung eines allfälligen Rückweisungsantrages und die Genehmigung des Projektes trotz den genannten Kritikpunkten.

Hr. Hansrudolf Hauri hält fest, dass auch in der SVP-Fraktion dieses Geschäft heftig diskutiert wurde. Es wurde vor allem die schlechte Gesamtplanung bemängelt. Trotz dieser Kritik ist die Mehrheit der SVP-Fraktion für dieses Projekt. Eine Umnutzung der Abdankungshalle ist mit der geplanten sanften Renovation nicht beeinträchtigt. Es wäre sehr schade, wenn die Abdankungshalle dem gesamten Projekt im Weg stehen würde, aus diesem Grund wurde ebenfalls eine Motion betreffend Umnutzung der Abdankungshalle eingereicht. Die SVP-Fraktion bittet den Einwohnerrat, dieses Projekt zu genehmigen und einen allfälligen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass aus Sicht der SP-Fraktion diese Vorlage kein einfaches und verständliches Geschäft ist. Vor 5 Jahren wurde eine ähnliche Vorlage an der Referendumsabstimmung abgelehnt und zwar relativ deutlich mit 58 % : 42 %. Wenn man in einem späteren Zeitpunkt diese Vorlage wieder vor den Einwohnerrat bringt, muss diese besondere Anforderungen erfüllen:

1. Auseinandersetzung mit der Begründung des Referendums
  - Was ist heute besser? Haben sich die Verhältnisse gegenüber vor fünf Jahren verändert?
  - Bessere Vorstellung der Arbeit der Altstadtkommission.
  - Erläuterung, weshalb neuer Anlauf.
2. Alle offenen Fragen klären
  - Zukunft der Abdankungshalle (mindestens heutige Nutzung / Alternativen prüfen).
  - Was geschieht mit dem geplanten Veloweg im Gebiet Rosengarten?
  - Abstimmung mit Gesamtplan östlich der Altstadt.
  - Liegt eine Baubewilligung vor und gab es Einsprachen?
  - Was geschieht mit den genannten Spenden und den Beiträgen des Kantons?
3. Politisches Terrain vorbereiten
  - Information der Öffentlichkeit (Orientierungsanlass für die gesamte Bevölkerung).
  - Besser ausgearbeitete Vorlage mit lesbarem Plan.
  - Verzicht auf Abbrucharbeiten vor eigentlichem Entscheid.

Die Vorlage liegt der SP-Fraktion am Herzen. Sie empfindet eine Umgestaltung als nötig und dringlich. Das Projekt ist gut, die Kosten moderat, und es wäre schade, wenn der Erfolg der Vorlage durch unsorgfältiges Vorgehen gefährdet würde. Es wäre auch schlecht, wenn nach einer Zustimmung des Einwohnerrates wieder ein Referendum ergriffen würde und die Vorlage an der Urnenabstimmung verworfen würde. Dies wäre für die politische Arbeit des Stadtrates und auch des Einwohnerrates nicht sehr hilfreich.

Aus diesen Gründen stellt die SP-Fraktion folgenden Rückweisungsantrag:

*Die Vorlage GK 35, Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Umgestaltung des Rosengartenareals sei an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die offenen Fragen zu*

klären, die Bevölkerung zu informieren und das Geschäft innert kurzer Zeit erneut dem Einwohnerrat vorzulegen.

Der Vorsitzende eröffnet die Diskussion zu diesem Rückweisungsantrag.

Fr. Käthi Hagmann, Vizepräsidentin, erklärt, dass sie eine Minderheit der Fraktion der Dynamischen Mitte vertritt, welche das Geschäft auch zurückweisen möchte. Es wurde ebenfalls ein Rückweisungsantrag formuliert, welcher aber zugunsten der SP-Fraktion nicht eingereicht wird. Die Gründe decken sich im Wesentlichen mit denen der SP-Fraktion. Es sind zu viele Fragen unbeantwortet. Die Abdankungshalle gehört zwingend in die Planung miteinbezogen und ist Bestandteil dieses Areals. Eine gemeinsame Planung bedeutet aber nicht eine gemeinsame Realisierung, diese kann aus Kostengründen durchaus etappiert erfolgen. Es stehen viele zum Teil dringende Investitionen an, wo steht der Rosengarten in dieser Planung. Der Verweis auf den Investitionsplan genügt nicht. Denn dieser Plan ist nicht vollständig, und es gibt sicher neu gewählte Einwohnerräte/Innen, welche diesen Plan noch nie gesehen haben.

Sollte das vorliegende Projekt genehmigt werden, stellt sich noch eine andere Frage. Der Park und der sich in der Nähe befindende Kinderspielplatz werden mehrheitlich von Familien besucht. Wo befindet sich die nächste öffentliche Toilette?

Dieses Geschäft nun zurückzuweisen und den Stadtrat zu beauftragen, diese Vorlage innert kurzer Zeit mit Einbezug der Abdankungshalle dem Einwohnerrat wieder vorzulegen, ist der bessere Weg als die Einreichung einer Motion.

Hr. Christoph Dombrowsky empfindet, dass die Abdankungshalle keine zentrale Rolle im Rosengarten spielt. Sie steht ein wenig ausserhalb, dies zeigt sich auch bei Abdankungen. Die Leute befinden sich nicht im Park, sondern vorne und hinten bei der Schützenmatte. Eine Öffnung dieses Parkes verbessert die Qualität der unmittelbaren Umgebung der Abdankungshalle.

Ebenfalls wünscht er sich ein Gesamtkonzept mit einer Prioritätenliste, jedoch wird das Problem nicht durch eine Ablehnung dieses Geschäftes gelöst. Der jetzige Rosengarten ist ein Schandfleck, welcher möglichst rasch entfernt werden sollte.

Hr. Rolf Moor bemängelt das vorliegende Projekt. Für ihn ist die Vorlage klar ungenügend, sie ist es nicht würdig, heute angenommen zu werden. Es fehlen klare Informationen in Bezug auf die Abdankungshalle. Ebenfalls wäre ein Gesamtplan wünschenswert gewesen. Erst nach vehementem Druck legte der Stadtrat diverse Unterlagen auf, welche Informationen beinhalten, die vorher nicht bekannt waren. Die vorprüfende Kommission war zum Zeitpunkt der Prüfung dieses Geschäftes nicht im Besitze dieser Unterlagen.

Das ausgearbeitete Konzept der Altstadtkommission mit den Architekten Bühler und Fröhlich ist ein gutes Projekt, und es wäre erfreulich gewesen, wenn dies in der Vorlage auch gewürdigt worden wäre. Das ganze Gebiet Rosengarten mit der Abdankungshalle und der Schützenmatte verdient einen künstlerischen und architektonischen Akzent, jedoch nur, wenn dieses Gebiet als Ganzes angesehen wird und in einem Gesamtplan dargestellt wird. Die Kosten von CHF 650'000.– sind verglichen mit den Kosten vor fünf Jahren von CHF 800'000.– eher hoch. Ebenfalls wurde letztes Jahr im Budget CHF 200'000.– für dringende Notmassnahmen eingestellt. Diese sind leider nicht erfolgt, sodass dieser Budgetkredit verfallen ist.

Bereits jetzt befindet sich im Rosengartenareal eine Baustelle, die Notmassnahmen werden nun getroffen, aus diesem Grund besteht somit kein Zeitdruck mehr. Die Kosten für dieses Projekt können im Investitionsplan eingestellt werden. Es sind sich alle einig, dass im Gebiet Rosengarten etwas passieren muss, jedoch sollte ein klares Gesamtprojekt vorliegen. Aus diesen Gründen ist die Rückweisung der Vorlage richtig.

Hr. Dieter Matter erklärt, dass für ihn der Denkansatz nicht ganz klar ist. Es wird über ein Geschäft diskutiert, welches alle für gut empfinden, bei welchem die Kosten nicht zu hoch sind – und trotzdem möchte man das Geschäft zurückweisen. Mit dieser Rückweisung wird verhindert, dass über dieses Projekt ernsthaft diskutiert werden kann. Bei einer Rückweisung bleibt das Gebiet wieder für eine längere Zeit unbenutzt. Aus diesem Grund ist er für die Zustimmung zu dieser Vorlage, damit die Bevölkerung richtig informiert werden kann, sodass ein allfälliges Referendum keine Chance hat.

Fr. Yolanda Senn Ammann stellt fest, dass mit einer Rückweisung das Geschäft gerettet werden möchte. Das Referendum wurde angedroht, und wenn ein Geschäft bereits vor fünf Jahren abgelehnt wurde, sieht sie im jetzigen Zeitpunkt mit dieser schlechten Aufklärung und Information keine Chance für diese Vorlage. Weiter möchte sie feststellen, dass die Stimmung in der FGPK nicht ganz so idyllisch war, wie sie von Patricia Misteli dargestellt wurde. Beim früheren Projekt spielte die Abdankungshalle eine sehr zentrale Rolle. Sie bittet den Einwohnerrat, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen, als Chance für das Projekt Rosengarten.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, wehrt sich gegen zwei Unterstellungen, welche in vorherigen Voten gemacht wurden. Es ist nicht im Sinn des Stadtrates, dieses Projekt dem Einwohnerrat vorzulegen mit der Absicht, dass es abgelehnt wird, sondern weil eine Öffnung dieses Parkes angestrebt wird. Der einzige Unterschied zu den ausgewiesenen Kosten im Voranschlag ist, dass man auf die Etappierung verzichtet. Ebenfalls ist die Aussage, die FGPK sei nicht im Besitze der erwähnten Pläne gewesen, völlig aus der Luft gegriffen. Alle erwähnten Unterlagen wurden an der FGPK-Sitzung vorgelegt. Sowohl die Kostenangabe wie die Plangrundlagen waren vorhanden. Die Kosten sind im Investitionsplan ausgewiesen, und dieser Plan macht auch konkrete Aussagen über die Prioritäten der Investitionen durch den Stadtrat. Er bittet den Einwohnerrat, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Fr. Patricia Misteli stellt sich die Frage, worüber überhaupt informiert werden sollte. Im jetzigen Zeitpunkt liegen alle Informationen vor. Es werden im Rückweisungsantrag z.B. keine Angaben über die Kosten gemacht. Bei einem Gesamtprojekt betragen die Investitionen mehrere Mio. Franken. Sie bittet um Ablehnung des Rückweisungsantrages, damit der Stadtrat genügend Zeit hat, um in Bezug auf die Abdankungshalle eine geeignete Lösung zu finden.

Fr. Yolanda Senn Ammann glaubt nicht an die Aussage des Stadtrates, dass eine Umnutzung der Abdankungshalle in den nächsten vier Jahren entschieden wird. Es wird mit der Rückweisung nicht beantragt, dass eine klare Umnutzung in der Vorlage enthalten sein muss, jedoch dass die Abdankungshalle in den Denkansatz miteinbezogen wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über folgenden Rückweisungsantrag abstimmen:

*Die Vorlage GK 35, Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Umgestaltung des Rosengartenareals sei an den Stadtrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die offenen Fragen zu klären, die Bevölkerung zu informieren und das Geschäft innert kurzer Zeit erneut dem Einwohnerrat vorzulegen.*

Der Antrag erhält Stimmengleichheit mit 19 : 19 Stimmen.

Der Vorsitzende gibt den Stichtentscheid zugunsten des Rückweisungsantrages.

Der Rückweisungsantrag wird somit angenommen.

Art. 15

### **GK 36**

**Projekt und Kredit für die Ablösung der Kernapplikationen und die teilweise Erneuerung der Informatik der Stadtverwaltung (Hard- und Software)**

Hr. Philipp Hangartner, Referent der FGPK, erklärt, dass die FGPK feststellen konnte, dass bei diesem Projekt klare Ziele für die Ablösung der Kernapplikationen vorhanden waren. Es wurden Synergien im Bereich Personal und Betrieb gesucht. Ebenfalls wurde die Optimierung der personellen Ressourcen angestrebt. Die Umsetzung wurde auf den 1. Juli 2007 angesetzt. In diesem Projekt wurden die Absichten und die Etappierungen klar kommuniziert. Es wurde vom Stadtrat, der Arbeitsgruppe und einer externen Begleitung eine musterhafte Schulbuchlösung für die Evaluationen von Hard- und Software ausgearbeitet. Die Planung wurde detailliert und äusserst gradlinig vorbereitet, wie auch die Präsentation dieses Projektes in der Kommission. Die Arbeitsgruppe prüfte diverse Varianten und konnte eine klare Entscheidungsfindung aufzeigen. Ebenfalls besteht eine klare Vollkostenrechnung auf 10 Jahre gerechnet. Alle Fragen der Kommission konnten detailliert beantwortet werden. Die FGPK stimmte dem Projekt mit 8 : 0 Stimmen bei einer Abwesenheit zu.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, erläutert die Vorlage anhand verschiedener Folien wie folgt:

#### **Ziele**

- Ablösung AS/400-System und der Kernapplikationen Finanzen, Lohn, Einwohnerkontrolle und Objektwesen
- Auswahl der fachspezifisch besten und bereichsübergreifenden optimalen Gesamtlösung
- Nutzung von Synergien (Betrieb und Personal)
- Optimierung der personellen Ressourcen im Informatik-Support
- Produktivstart am 1. Januar 2007

#### **Vorgehen**

- Einsetzung einer Arbeitsgruppe
- Externe Begleitung durch Publis Info Service AG
- Ausarbeitung von bereichsspezifischen und übergeordneten Anforderungs- und Bewertungskatalogen
- Durchführung einer beschränkten Submission
- Referenzbesuche bei Anbietern und Gemeinden
- Präsentation der Anbieter vor Arbeitsgruppe

#### **Kosten**

- Vollkostenrechnung der verschiedenen Betriebsarten und Softwarepakete (ohne Personalkosten)
- Analyse der benötigten Personalressourcen bei den verschiedenen Betriebsarten
- Vollkostenrechnung der verschiedenen Betriebsarten und Softwarepakete (mit Personalkosten)
- Gesamtvergleich Vollkosten IST-Zustand (Stadtverwaltung und Seniorenzentrum) mit neuer Lösung

#### **Synergien**

- Integration Seniorenzentrum (Wegfall „Insellösung“)
- Zentralisierter und standardisierter Informatik-Support
- Lösung der Stellvertretung des Informatik-Supportes ohne zusätzliche Personalressourcen
- Grosses Synergiepotenzial und massive Kosteneinsparungen (beispielsweise bei der Beschaffung von Servern)

#### **Entscheid**

- Sorgfältig vorbereitet
- Breit abgestützt
- Zukunftsgerichtet

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Stefan Giezendanner erklärt, dass die SVP-Fraktion die detaillierte Vorlage sehr begrüsst. Der Antrag wird als vernünftig erachtet und als gute Investition für die Zukunft empfunden. Der Beitritt zur Publis AG kostet CHF 20'000.– und es entstehen wiederkehrende Kosten von ungefähr CHF 11'500.– pro Jahr. Wie weit kann die Stadt Zofingen in Zukunft Einfluss nehmen und wie kann sie diesen geltend machen? Die Lizenzen für die Software sind mehrheitlich einmalig zu bezahlen. Welche Kosten unter dem Wortlaut Betrieb Rechenzentrum werden als jährlich wiederkehrend bezeichnet?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, antwortet, dass man mit dem Beitritt zur Publis AG Einsitz in Erfahrungsgruppen nehmen kann. Die Gemeinden können in diesen Gruppen die spezifischen Anliegen einbringen und somit zur Weiterentwicklung beitragen. Die Stadt Zofingen wird sicher in solchen Erfahrungsgruppen Einsitz nehmen.

Hr. Thomas Gloor, Stadtschreiber II, erläutert, dass das Seniorenzentrum mit der Heimsoftware bereits jetzt beim Rechenzentrum Ruf angeschlossen ist und bestehende Verträge hat. Die Einwohnergemeinde kommt neu dazu und konnte sehr gute Konditionen in Bezug auf die Rechenzentrumsdienstleistungen aushandeln. Für das Seniorenzentrum konnten aufgrund der bereits erhaltenen guten Konditionen keine neuen Verträge ausgehandelt werden, und daraus resultiert dieser Unterschied in Bezug auf die wiederkehrenden Kosten.

Fr. Patricia Misteli stellt fest, dass das vorliegende Projekt die Stadt für die Zukunft fit macht. Mittelfristig werden Kosten eingespart, und es führt zu Effizienzsteigerungen. Die FDP-Fraktion gratuliert Herrn Urs Schaufelberger und seinem Team zu dieser sehr gut ausgearbeiteten Vorlage und ist einstimmig für dieses Projekt.

Hr. Michael Wacker erklärt, dass die offenen Fragen in der Fraktion direkt durch Vizeammann Urs Schaufelberger beantwortet werden konnten. Die SP-Fraktion empfiehlt ebenfalls einstimmig die Annahme dieser Vorlage.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es gehen keine Wortmeldungen in der Detailberatung ein, der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

*Zustimmung zum Beitritt der Stadt Zofingen zur Publis Aktiengesellschaft (Aktionär) sowie Bewilligung eines einmaligen Beitrages von CHF 20'800.– (CHF 2.– pro Einwohner/in) und eines jährlichen Betriebsbeitrages von CHF 11'500.–.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

*Bewilligung eines Investitionskredites von CHF 636'040.– für die Anschaffung der notwendigen Hard- und Software sowie für die Initialkosten (Personal usw.).*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

*Bewilligung eines jährlichen Verpflichtungskredites von CHF 167'000.– für den Betrieb der Kernapplikationen im Rechenzentrum sowie die Wartung für Server und Backup.*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

*Bewilligung eines Investitionskredites von CHF 150'075.– für die Anschaffung weiterer Applikationen (Fallverwaltung Soziale Dienste, Zeit- und Leistungserfassung, Geschäftskontrolle und Protokollverwaltung)*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 16**Umfrage**

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, möchte über die aktuelle Situation betreffend Schulpavillon im Bereich des Gemeindeschulhauses informieren. Es ist eine Einsprache eingegangen, diese wurde jedoch erfreulicherweise zurückgezogen. Der Einsprecher störte sich daran, dass für den Bau des Schulpavillons drei Bäume gefällt werden müssen.

Es wurden verschiedene Varianten geprüft, dass diese Bäume nicht tangiert werden, leider gibt es keine andere Möglichkeit, als das Fällen dieser Bäume. Der Stadtrat ist sehr froh, dass der Einsprecher auch zu dieser Einsicht gekommen ist und man mit den Planungsarbeiten fortfahren kann.

Fr. Irma Jordi bemerkt, dass die Schulleitung informierte, dass am 1. Mai schulfrei ist. Im Gesetz ist festgehalten, dass die Schulpflege bis fünf halbe Tage frei geben kann. Jedoch findet sie, dass dies in diesem Jahr aufgrund der vielen Fort- und Weiterbildungen nicht ganz gerechtfertigt ist und möchte daher den Grund wissen.

Hr. Andreas Fuchs, Präsident der Schulpflege, erklärt, dass der 1. Mai-Nachmittag in den Schulen ein anerkannter Feiertag ist, es geht in diesem Fall nur um einen halben Tag. Die Schulpflege richtet sich nach der Verordnung über die Volksschulen, und darin sind die Kompetenzen der Schulpflege geregelt. Die Schulpflege Zofingen hat in Bezug auf Fort- und Weiterbildungen während der ordentlichen Schulzeit vier halbe Tage zur Verfügung und kann bis maximal fünf halbe Tage pro Schuljahr als schulfrei erklären. Das Kontingent der vier halben Tage Fortbildung wird in diesem Schuljahr aufgrund der Einführung der Blockzeiten ausgeschöpft. Der zusätzliche halbe Tag geht zu Lasten dieser erwähnten fünf halben Tage, an welchen schulfrei gegeben werden kann.

Bei der Überlegung, am 1. Mai den ganzen Tag schulfrei zu geben, spielte auch mit, dass die Stadtverwaltung und die Städtischen Werke ebenfalls den ganzen Tag frei haben. Auch findet in diesem Schuljahr kein Waldgang statt. Aus diesen Gründen ist die Schulpflege zum Entschluss gekommen, in diesem Jahr ausnahmsweise am 1. Mai den ganzen Tag schulfrei zu geben.

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT

DER PROTOKOLLFÜHRER